



Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Breite Straße 31, 40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 86 18 - 50
Telefax: (0211) 86 18 - 5 44 44
[http:// www.massks.nrw.de](http://www.massks.nrw.de)
Durchwahl
Telefon: (0211) 86 18 -
Telefax: (0211) 86 18 -
(0211) 86 18 5 + Tel.-NSt.

Datum

10. Oktober 2000

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

112-

Beratung des Nachtragshaushaltsentwurfs 2000 im Ausschuss
für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge am
20. September 2000

Mehrkosten für die Grundinstandsetzung des Landeshauses
- 1 - (120fach)

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Rahmen der Beratung des Nachtragshaushalts ist von Herrn Staatssekretär Dr. Fischer eine
schriftliche Unterrichtung über die Zusammensetzung der Mehrkosten bei der Grundinstand-
setzung des Landeshaus zugesagt worden. Der hierzu gefertigte Vermerk ist meinem Schrei-
ben als Anlage beigefügt.

Ich bitte den Vermerk an die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge und an die Berichterstatter für den Einzel-
plan 15 im Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

(Harald Schartau)



+BE Eipl. 15

**Beratung des Nachtragshaushaltsentwurfs 2000
im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten
der Vertriebenen und Flüchtlinge
am 20. September 2000**

**Baumaßnahme zur Grundinstandsetzung Landeshaus
(Kapitel 15 010, Titel 712 10 und 712 20, Seite 1/107 des Nachtragshaushalts)**

Begründung für die Mehrkosten in Höhe von 3,62 Mio DM

I. Vorgeschichte

Die Grundinstandsetzung des Landeshauses war in zwei Maßnahmen unterteilt worden:

- Für die **Elektrosanierung** des Gebäudes sind Kosten in Höhe von 9,9 Mio DM genehmigt worden; die für die Veranschlagung notwendige Haushaltsunterlage (HU-Bau) wurde 1993 erstellt.
- Für die eigentliche **Grundsanierung** des Landeshauses sind Kosten in Höhe von 8,3 Mio DM genehmigt worden; die für die Veranschlagung notwendige Haushaltsunterlage (HU-Bau) wurde ebenfalls 1993 erstellt.

Danach ergaben sich Gesamtkosten für die Baumaßnahme in Höhe von 18,2 Mio DM. Inzwischen sind Mehrkosten in Höhe von 3,62 Mio DM erforderlich geworden, so dass die Gesamtaufwendungen 21,92 Mio DM betragen werden.

Der Abschluss der Bauarbeiten ist für das Jahr 2001 vorgesehen.

II. Mehrkosten

Die Mehrkosten in Höhe von insgesamt 3,62 Mio DM setzen sich folgt zusammen:

- aus den Mehrkosten für die Elektrosanierung in Höhe von 1,07 Mio DM
- und aus den Mehrkosten für die eigentliche Grundinstandsetzung in Höhe von 2,55 Mio DM.

Mehrkosten für die Elektrosanierung

Die Mehrkosten für die Elektrosanierung in Höhe von 1,07 Mio DM sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass

- die Kostenberechnung aus dem Jahre 1993 stammt und die Mehrkosten somit die allgemeine Preisentwicklung und die Erhöhungen der Mehrwertsteuer (zwei Erhöhungen seit 1993) wiedergeben. Zusätzlich ist bei der ADV-Sanierung - aufgrund der fortschreitenden Entwicklung bei der ADV - der aktuelle Stand der Technik zugrunde zu legen, was ebenfalls mit Kostensteigerungen verbunden ist.

Mehrkosten für die Grundsanierung

Die Mehrkosten für die eigentliche Grundinstandsetzung in Höhe von 2,55 Mio DM ergeben sich

- überwiegend aus den gestiegenen Anforderungen an den Brandschutz in Anpassung an die aus dem Flughafenbrand gemachten baulichen Erfahrungen. Allein der Austausch der den Brand- und Arbeitsschutzanforderungen entsprechenden Klima- und Lüftungsanlagen führt zu Mehrkosten in Höhe von ca. 0,9 Mio DM.

- Die darüber hinaus gehenden Mehrkosten von 1,65 Mio DM sind begründet - nach dem Nutzerwechsel - durch die spezifischen Anforderungen des MASQT (damals MASSKS) an die Nutzung des Landeshauses (z. B. Einbau von notwendigen statischen Verstärkungen der Gebäudesubstanz um die Unterbringung von zeitgemäßen Registruranlagen zu ermöglichen; Mehrkosten hierfür rd. 0,5 Mio DM).

Gegenüber der Ursprungsplanung, die auf eine Nutzung durch die Staatskanzlei ausgerichtet war (mehr Repräsentationsflächen) müssen bei einer Nutzung durch das MASQT wesentlich mehr Büroarbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem wurden bei der Grundsanierung im Bauverlauf ein zum Teil weitaus aufwendigerer Reparatur- und Bauunterhaltungsbedarf an Wasser- und Heizungsinstallation sowie Mehraufwand bei der Dachsanierung festgestellt, der nicht vorhersehbar und insofern auch nicht bei der ursprünglichen Kostenermittlung berücksichtigt werden konnte. Dieser Mehraufwand ist aber im Zuge der Bausanierung zur Herstellung der Funktionsfähigkeit des Gebäudes mit zu erledigen.

Die Mehrkosten von insgesamt 3,62 Mio DM sollen mit dem vorliegenden Nachtrag in den Landeshaushalt eingestellt werden.